III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, VOLKMARSTRASSE 5
TEL.: HOTT. 5217

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 106 | 20. August 1920 | ר׳ אלול תר״ף | Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Eine jüd. Welthilfszentrale.

Freitag, den 13. August, fand in Anwesenheit von über 1000 Personen die Schluss-Sitzung der jüdischen Welthilfskonferenz in Karlsbad statt. Neben anderen Delegierten hielt Sokolow eine begeistert aufgenommene längere Rede, worauf Motzkin die Schlussansprache hielt. Es wurde ein 29gliedriges Zentralorgan der jüd. Welthilfszentrale gewählt, in dem alle Länder vertreten sind. Dieser Zentralrat besteht aus folgenden Personen: Bramson, Churgin, Oberrabb. Dr. Chajes, Oberrabb. Dr. Ehrenpreis, Farbstein, Dr. Hellmann, Jefroikin, Dr. Jochelmann, Elieser Kaplan, Dr. Krämer, Dr. Klumel, Dr. Bernhard Kahn, Lyon Kohn, Dr. Klee, Dr. Emil Margulies, Model, Leon Motzkin, Anitta Müller, Rabb. Dr. Niemirower, Prof. Pick, Dr. Rachmielewitsch, Dr. Rosmarin, Dr. Salkind, Salzmann, Sir Stuard Samuel, Prof. D. Simonsen, Sliosberg, Minister Dr. Soloweitschik, Wladimir Temkin. Zum Präsidenten dieser jüd. Welthilfszentrale wurde Sir Stuart Samuel bestimmt. Eine 9gliedrige Exekutive mit Sitz in London soll unter Vorsitz von Motzkin ihre Arbeiten sofort aufnehmen. Gegen die neuerlichen Judenpogrome in der Ukraine und Ungarn wurde ein flammender Protest erhoben.

Plenarsitzung des Komitees der Jüd. Delegationen.

Am 15. August trat in Karlsbad das Komitee der Jüd. Delegationen an der Friedenskonferenz in Paris zu einer Plenarsitzung zusammen, zu der fast alle in Betracht kommenden Länder ihre Vertreter entsandt hatten. Sokolow und Motzkin referierten über den Schutz der nationalen und bürgerlichen Rechte der Juden in den Ländern der Diaspora. Die Bildung des Waad Haarazoth als einer aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Permanenzvertretung zur Wahrung der Rechte der Juden wurde beschlossen, der seinen Sitz in Genf haben soll. Ueber das Verhältnis des Waad Haarazoth zum Völkerbund fand eine eingehende Diskussion statt.

Dr. Weizmann in der Schweiz.

Wie aus London berichtet wird, hat Dr. Weizmann am 11. August London verlassen, um sich nach Italien und der Schweiz zu begeben. Dr. Weizmann dürfte erst Anfang September nach London zurückkehren.

Die jüdische Welthilfskonferenz in Karlsbad.

Auf der Sitzung von Sonntag Nachmittag begrüsste der inzwischen eingetroffene Nahum Sokolow, mit langanhaltendem Beifall empfangen, die Konferenz. Er sei bloss als Gast anwesend und es sei für ihn schwer zu reden, da man ihn gebeten habe, nicht politisch zu werden. Mit dem Berichte Motzkins stimme er vollkommen überein. Auch er habe keine Furcht vor dem Vorwurfe, dass die Konferenz internationale Politik treiben könnte. Wenn Erfolg zu erwarten sei, solle auch von hier aus Protest erhoben werden; wenn man uns in einem Lande verfolgt, so müssen wir aus dem zweiten schreien, denn das ist unsere einzige Waffe und keine Geldsumme kann uns diese Waffe abkaufen. Das brüderliche Zusammenhalten des ganzen jüd. Volkes war stets unser Schutz und wird auch stets unsere Rettung sein. Nicht die Geldgeber, sondern die Geldnehmer müssen kommen, beraten und beschliessen, wie das Geld zu verteilen ist. Die Geber erfüllen nur ihre Pflicht. Wenn auch diese Konferenz keine politische sein soll, so müsse doch hie und da, wenn es Not tut, ohne Rücksicht auf das Programm, von der Politik Gebrauch gemacht werden. Nicht nur die Frage der Hilfstätigkeit in der Ukraine, sondern auch die Frage der Wanderung seien im hohen Grade politische Fragen. Es heisst mit den Regierungen über die Oeffnung der Grenzen für die Emigranten verhandeln und dieser Politik können wir nicht entgehen. Die Verwaltung ist aus der Hand Einzelner in die Hand des Volkes übergangen und jeder muss die Ueberzeugung haben, dass das gesammelte Geld gut verteilt wird. Die Konferenz müsse sich mit einem Aufrufe an das ganze Volk wenden und wenn hinter einem solchen Aufrufe eine Autorität steht, wird auch das Volk bereitwillig alles opfern. Wir konnten Menschen verlieren, aber nicht unseren Mut. Wir haben eine Selbstwehr und die Konferenz ist unsere Legion. Wir werden nicht zu Grunde gehen.

Nach Sokolows Rede wird mit der Erstattung der Berichte über die Hilfstätigkeit in den einzelnen Ländern fortgesetzt, wobei Myer über England, Safarana über Saloniki, Dr. Berger über Wilna und Zuckermann über Amerika sprechen. Dieser meint, dass es Sache der Europäer sei, für schnelle Hilfe selbst zu sorgen und die amerikanischen Gelder für die konstruktive Hilfe zu verwenden. Es müsse auch klar gemacht werden, was man unter konstruktiver Hilfe verstehe, da die Unklarheit darüber ein Hindernis bei der Geldaufbringung bedeutet. Er sei ein grosser Freund der Kolonisation in Palästina, aber die Emigration nach Palästina allein könne nicht vollständige Hilfe bringen, weshalb getrachtet werden müsse, im eigenen Lande die Produktionsmöglichkeiten des jüd. Volkes zu heben. Palästina wird genug Einwanderer finden, auch wenn das Geld für die Hebung der produktiven Tätigkeit der Juden in den europäischen Ländern verwendet werden wird. Prof. Simonsen hält einen warmen Nachruf für die auf dem Felde der Hilfstätigkeit gefallenen Opfer, Prof. Friedländer und Dr. Cantor, zu deren Ehren die Konferenz sich erhebt und die Absendung eines Beileidstelegramms an die Witwe von Prof. Friedländer beschliesst. (Siehe Chronik Amerika.) Danach wird zu den verschiedenen Referaten über die Formen der Hilfstätigkeit übergegangen, wobei Dr. Salkind über die zwei Formen der schnellen Hilfe referiert. (Der Niederschlag dieses, wie auch der anderen Referate ist in den weiter unten veröffentlichten Resolutionen enthalten.)

Auf der Abendsitzung des 8. August referiert Dr. Goldberg über die Kredit- und Bankfrage, wobei er sich hauptsächlich auf die in Litauen gemachten lehrreichen Erfahrungen stützt, wo das jüd. Volksbankwesen sich günstig entwickelt. Erdtracht bittet auch um Hilfe für die abgeschnittenen Kriegsgefangenen in Sowjetrussland und Sibirien, wie auch um Intervention für die vielen, ihrer Stellung enthobenen jüd. Beamten, speziell in Galizien.

Am 9. Aug. vormittags, wird in die Diskussion eingetreten, wobei u. a. Trietsch (Deutschland), Haber (Prag), Prof. Engel (Prag), Ascher (Wien, für die Baron Hirsch Stiftung), Ungar (Prag), Rabb. Hoffmann (Bukowina), Barou (Ukraine), Myer (London), Dr. Berger (Wilna) und Sliosberg (Russland) sprechen. Lewite (Polen) bedauert, dass kein besonderer Delegierter des Jüd. Nationalrates in Warschau anwesend sei und dass er das angekündigte Material bis heute nicht erhalten habe. Er gibt ein kurzes Bild über die ökonomische Lage in Polen. Die weitere Diskussion wird vertagt, zwecks Anhörung des Referates von Frau Anitta Müller über die Kinderfürsorge. Am Schlusse der Sitzung teilt Motzkin mit, dass der Delegierte von Südafrika, der nicht mehr rechtzeitg eintreffen konnte, telegraphisch mitgeteilt habe, dass der südafrikanische Fonds über 140,000 Pfund verfüge, die zur Rehabilitierung, der jüd. Kriegsopfer verwendet werden sollen und dass bei Meetings in Natal und Prätoria einstimmig eine Resolution angenommen worden sei, unmittelbare Schritte zu unternehmen, um unter Leitung der jüd. nationalen Administration eine weitgehende Zahl von jüd. Waisen in Palästina unterzubringen. Motzkin kündigt des ferneren an, dass wahrscheinlich 3 Vorträge entfallen werden, da die betreffenden Delegierten nicht eingetroffen seien. Der Vortrag Masel über die Regulierung von Wanderungen werde hoffentlich abgehalten werden können.

Resolutionen der Karlsbader Hilfskonferenz.

Allgemeine Resolution.

Die jüd. Welthilfskonferenz erklärt, nachdem sie die Berichte aus den Ländern der jüd. Not und die Berichte über das geleistete Hilfswerk angehört hat: Das Problem der gegenwärtigen jüd. Not ist nicht ein Problem der Not des einzelnen jüd. Individuums, sondern ein Problem der Not des jüd. Volkes. Das jüd. Hilfswerk ist daher grundsätzlich nicht die Sache philantropischer Einzelner, und darf nicht geleistet werden nach den Methoden charitativer Hilfe, sondern eine Sache des ganzen jüd. Volkes, das nicht geteilt werden darf unter dem Gesichtspunkte des Wohltäters und des Almosenempfängers, sondern zusammengefasst wird, in allen seinen aktiven, zur Arbeit entschlossenen Teilen. Das Hilfswerk ist eine Aufgabe der auf breitester Grundlage organisierten gesellschaftlichen jüd. Selbsthilfe. Weil dieser Grundsatz unter dem Eindruck der Grösse des plötzlich hereingebrochenen Unglücks und infolge der durch die Verhältnisse bewirkten Zersplitterung nicht genügend berücksichtigt wurde, hat das Hilfswerk trotz der Grossartigkeit der von ihm aufgewendeten Kräfte und der von ihm aufgebrachten Mittel nicht alles leisten können, was bei einer nach diesem Prinzip geleisteten Arbeit hätte erreicht werden müssen. Insbesondere muss konstatiert werden, dass die Ueberleitung der im Zeitpunkte der akuten Not unerlässlichen augenblicklichen charitativen Aushilfe auf das Gebiet des Wiederaufbaues durch organisierte Selbsthilfe in den Ländern, wo die Möglichkeit dazu bereits vorliegt, nicht rechtzeitig und nicht mit der notwendigen Entschossenheit in Angriff genommen worden ist. Da in einer ganzen Reihe von Ländern die Voraussetzungen hiefür gegeben sind, erklärt die Welthilfskonferenz, dass die Linderung der noch bestehenden augenblicklichen Not in diesen Ländern tunlichst Aufgabe des heimischen Judentums sei und dass die Tätigkeit des ausländischen Hilfswerkes sich auf die Aufgaben des Wiederaufbaues konzentrieren sollte. Wo aber die gegenwärtige Lage schnelle charitative Hilfe erfordert, muss auch diese nach den Prinzipien sozialer Arbeit und in einer Form geleistet werden, welche unter allen Umständen einen Schutz der Würde der Notleidenden gewährleistet. Die Welthilfskonferenz hat die Aufgabe, welche dem Hilfswerk auf den verschiedenen Arbeitsgebieten und in den unter verschiedenen Bedingungen stehenden Ländern gestellt sind, und die Wege, die sich ihr zur Lösung zu bieten scheinen in einer Reihe besonderer Resolutionen formuliert. Die Hilfskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, dass die Lösung der ausserordentlich schwierigen sozialen Aufgaben einerseits die Zusammenarbeit sämtlicher bestehender Hilfsorganisationen, anderseits in den Ländern der Not das Zusammengehen sämtlicher, mit sozialer Tätigkeit sich befassenden Organisationen in gemeinsamer Arbeit erfordert und dass die Bedürfnisse der einzelnen Länder durch ihre demokratische Vertretung in der Arbeit des Hilfswerkes zur Geltung kommen sollen. Im vollen Bewusstsein der ungeheuren Schwierigkeiten der zu lösenden Aufgaben, gestützt aber durch den entschlossenen Willen des jüd. Volkes zum Leben und in der Zuversicht, dass sich um die hier verkündeten Prinzipien sämtliche jüd. Hilfsorganisationen sammeln werden, ist die Welthilfskonferenz an diese Aufgaben herangetreten. Aber die zur Lösung dieser Aufgaben notwendigen Mittel übersteigen um ein Vielfaches die bisher aufgebrachten, wie überhaupt das bisher geschaffene Hilfswerk, trotz seiner Grossartigkeit, nicht im Verhältnisse zu der durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen hervorgerufenen unbeschreiblichen Not steht. Noch sind weite Kreise des Judentums und noch ist das Judentum in vielen Ländern den Hilfswerken ferngeblieben. Die Welthilfskonferenz, zusammengesetzt aus Vertretern des Judentums aller Länder, wendet sich unter dem entsetzlichen Eindruck der furchtbaren Gefahr und der Not, in denen die jüd. Massen des Ostens stehen, und erfüllt von der Erkenntnis der Dringlichkeit ihrer Aufgaben, an das gesamte jüd. Volk mit der Aufforderung, seine Anstrengungen zu vervielfachen, denn es gilt buchstäblich die Rettung von hunderttausenden Existenzen, hunderttausenden Waisen u. Kindern, es gilt die Rettung der jüdischen Massen.

Resolutionen über die verschiedenen Formen der schnellen Hilfe.

1.) Die schnelle Hilfe muss als eine bloss zeitweilige Institution betrachtet werden. Sie darf nur dann u. dort angewendet werden, wenn es die allgemeine Lage in dem betreffendem Land und die Lebensverhältnisse der jüd. Bevölkerung noch nicht erlauben, zu konstruktiver Hilfsarbeit überzugehen. 2.) Das Verhältnis zwischen der schnellen und konstruktiven Hilfe kann man in drei Gruppen einteilen, bezgl. der Länder, wo Juden vom Krieg und Pogrom gelitten haben. a) Solche Länder, die grundsätzlich schnelle Hilfe benötigen und wo konstruktive Hilfe nur in sehr begrenztem Masse geleistet werden kann. b) Solche Lände, wo die beiden Formen der Hilfe, die schnelle und die konstruktive, gleichzeitig und Hand in Hand geführt werden können und sollen. c) Solche Länder, wo die konstruktive Hilfe prinzipiell vorherrscht und die schnelle nur als Ausnahme zugelassen werden kann. 3.) Zu der Hilfsarbeit muss man die Notbedürftigen selbst zuziehen, so dass ihre Vertreter sich in den örtlichen Organisationen beteiligen sollen, welche sich mit Hilfe befassen. 4.) Man muss nach Möglichkeit vermeiden, den Notbedürftigen Geld zu geben, besonders um sich Speise, Kleidung, Schuhwerk u. a. anzuschaffen. Statt dessen soll man Produkte und fertige Waren herausgeben und Gemeindeküchen und Speiseräume errichten. 5.) Diese Hilfe soll überhaupt nur gegen einen gewissen Betrag gegeben werden, wenn auch einen minimalen. Nur die vollständig Mittellosen dürfen davon befreit werden. 6.) Konkret soll die schnelle Hilfe die Notbedürftigen versorgen mit Nahrung, Wäsche, Kleidern, Schuhwerk und Beheizung. Zugleich damit soll man die beschädigten Häuser wieder aufbauen, dass man in ihnen wohnen kann, Baracken zum zeitweiligen Wohnen bauen, Altersasyle und Invalidenhäuser errichten, planmässig die Heimlosen in verschiedenen Orten ansiedeln, soweit möglich sie reevakuiren und in ihre alte Heimat zurückschaffen, Kinderheime, Waisenhäuser, Schulen und medizinisch-sanitäre Hilfe organisieren. 7.) Die wichtigste und aktuellste Arbeit ist der Kampf mit den verschiedenen Epidemien. In die Orte, in denen Epidemien wüten, muss man Aerztegruppen schicken, welche die notwendigen Desinfektionsmittel, Medikamente u. a. mit sich führen sollen. Man muss gleichzeitig Gemeindebäder einrichten, Ambulatorien, Krankenhäuser, Isolierbaracken, wie auch zwischen der Bevölkerung Seife und andere notwendige hygienische Artikel verteilen.

Resolution der Kommission für Wiederaufbau.

1.) Die jüd. Welthilfskonferenz erwartet, dass die von den Kriegskatastrophen betroffenen Staaten beim Wiederaufbau und der Wiederaufrichtung der Existenzen aus staatlichen Mitteln die Judenschaft ihres Landes vollkommen gleich den übrigen Staatsbürgern behandeln und insbesondere zur Wiederaufrichtung der durch Raub, Plünderung und Pogrome zerstörten jüd. Wirtschaften und zerrütteten jüd. Existenzen aus staatlichen Mitteln beitragen werden. Die Konferenz gibt auch der Ueberzeugung Ausdruck, dass bei der jeweiligen internationalen Zuweisung von Rohstoffen

und Erteilung von Krediten an die einzelnen Staaten darauf Gewicht gelegt werden wird, dass diese Hilfsmittel im Interesse der Gesundung dieser Staaten allen hilfsbedürftigen Staatsbürgern ausnahmslos zu Gute kommen. 2.) Die wirtschaftliche Katastrophe, die über dem grössten Teil des Judentums, insbesondere in Osteuropa hereingebrochen ist, erfordert mit unaufschiebbarer gebieterischer Notwendigkeit eine Reihe systematischer Massnahmen, die zu einer Abkehr von rein philantropischen Methoden der Hilfstätigkeit nötigen und einerseits zur Wiederaufrichtung der zerrütteten Wirtschaftszweige, anderseits zur Ueberführung der jüd. Massen in produktive Berufe führen. 3.) Die Wiederaufrichtung des jüd. Wirtschaftslebens hat in erster Linie durch die auf der Grundlage der Selbsthilfe aufgebauten Organisationen durchgeführt zu werden. 4.) Als für die Durchführung des Wiederaufbaues geeignete Organisationen erachtet die jüd. Welthilfskonferenz insbesondere die verschiedenen Formen der Genossenschaften, wie die Kreditgenossenschaften, Volksbanken, Konsumgenossenschaften Rohstoff-Absatz- und Produktivgenossenschaften. 5.) Die Wiederaufrichtung und Förderung des jüd. Handwerkes, der Landwirtschaft und des Arbeiterstandes geschieht in erster Reihe durch Belieferung mit Arbeitsgeräten, Maschinen und Rohstoffen u. s. w., nicht geschenkweise, sondern in Form von Darlehen und grundsätzlich durch Vermittlung genossenschaftlicher Organisationen an diejenigen, welche selbsttätig in ihrem Fache arbeiten. Der Einkauf der Rohstoffe, Werkzeuge und Maschinen soll möglichst zentralisiert werden. 6.) Die technische Ausbildung der Handwerker soll gefördert werden durch Musterwerkstätten für erwachsene Handwerker, Instruktoren, unter Ausdehnung ihrer Tätigkeit auch auf private Werkstätten, gewerbliche Abendkurse für Arbeiter, kleine gewerbliche Museen, Herausgabe populärer technischer Literatur in der Umgangssprsche der jüd. Massen. 7.) Für fachliche Ausbildung der heranwachsenden jüd. Generation soll in erster Reihe durch Schaffung von öffentlichen jüd. Lehrerwerkstätten, sowie durch Unterbringung von Lehrlingen bei fähigen und mit modern eingerichteten Werkstätten versehenen Meistern, Einrichtung von Patronaten zum Schutze der Lehrlinge, Veranstaltung von Prüfungen, Ausstellungen, Verteilung von Prämien und Errichtung von Abendschulen gesorgt werden. 8.) Für die Ueberleitung der Jugend in gewerbliche Berufe sind besondere Stellen für Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung, Jugendvereine etc. zu gründen. 9.) Als Massnahmen für die Berufsumschichtung der nichtproduktiven Elemente gelten: Arbeitsnachweise, insbesonders für dauernde Erwerbsmöglichkeiten und Gründung gesellschaftlicher Werkstätten, in denen die Arbeiter ohne das Risiko der Produktion und des Absatzes zu tragen, fix entlohnt werden. Diese Werkstätten, die nur für die Uebergangszeit berechnet sind, sollen die für den Wiederaufbau notwendigen Produkte im Auftrage der jüdischen Institutionen anfertigen. Die zeitweilig gegründeten Werkstätten sollen in Genossenschaften umgewandelt werden. Dauernde Existenzen sollen die Werkstätten auf genossenschaftlicher Grundlage schaffen. 10.) Die Förderung der Landwirtschaft, welcher immer grössere Schichten des jüd. Volkes ihre Aufmerksamkeit zuwenden, soll geschehen durch: a) Unterstützung der genossenschaftlichen Gruppen von Landarbeitern und für selbstarbeitende jüd. Landwirte, insbesondere behufs Anlage von Gärten und Siedlungen in der Nähe der Städte. b) Zuteilung von Inventar in Form von Darlehen und Gewährung von Amelioration- und Hypothekarkrediten. c) Bestellung agronomischer Hilfskräfte und Instruktoren für die jüd. Landwirtschaft. d) Gründung von Musterwirtschaften zur Heranbildung praktischer Landwirte, Gründung von Kursen in den Musterwirtschaften, sowie solcher Kurse auch in den Städten. e) Errichtung von Schulgärten im Anschluss an öffentliche Schulen. f) Populäre Literatur, ausgedehnte Propaganda über die Bedeutung der Landwirtschaft für das jüd. Leben. 11.) Zur Erleichterung der Anpassungsfähigkeit der emigrierenden Elemente an die Wirtschaftsverhältnisse sind nicht allein in den Emigrations-sondern auch in den Trans- und Immigrationsländern die obgenannten Institutionen zur Förderung produktiver Arbeit ins Leben zu rufen. 12.) Unter den für den Wiederaufbau einzuleitenden Vorarbeiten ist der Durchführung genauer statistischer Materialsammlungen eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. 13.) Zwecks einheitlicher Durchführung des Wiederaufbaues sollen die Genossenschaften in jedem Lande in Verbände zusammegeschlossen und jüd. Zentralbanken gegründet werden. Die Gründung von Kreditgenossenschaften ist durch Instruktoren und entsprechende Propaganda zu fördern. Die Finanzinstitute sollen den breiten Schichten der jüd. Bevölkerung zugänglich sein. Zwecks Erleichterung der Kreditgewährung sind Garantiefonds zu schaffen. 14.) Die Welthilfskonferenz erachtet es als unbedingte Pflicht der Judenschaft, auch der vom Kriege betroffenen Länder, zwecks Ermöglichung der Selbsthilfe die Mittel, insbesondere für die zu gründenden Finanzinstitute beizutragen. In Anbetracht der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa aber, erwartet die Konferenz, dass die Juden der Länder mit gesunden valutarischen Verhältnissen besonders die Mitglieder der Landmannschaftsorganisationen die Uebernahme von Anteilen oder Aktien der Landeszentralbanken zur Verstärkung des Eigenkapitals der letzteren beitragen werden. Die Konferenz erachtet es aber auch als unerlässlich, dass die gesellschaftlichen Mittel, welche durch die jüd. Hilfsorganisationen für den Wiederaufbau aufgebracht werden, den gesamten zentralen Finanzinstituten der einzelnen Länder in Form von langfristigen Valutakrediten zur Verfügung gestellt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Resolutionen der zion. Jahreskonferenz.

(Schluss.)

Resolutionen betreffs Universität.

1.) Die Konferenz billigt den von der Exekutive vorgelegten Plan, die Universität mit Forschungsinstituten für Physik, Chemie und Mikrobiologie, einer Abteilung für Judentumwissenschaft und Orientalistik und einem Forschungsinstitut für hebr. Sprache zu beginnen. Die Konferenz billigt das Budget für das kommende Jahr (einmalige Ausgaben) in der Höhe von 100.000 Pfund. 2.) In Durchführung des genannten Programms, soll die Exekutive versuchen, von den wissenschaftlichen Instituten Gebrauch zu machen, die schon in Palästina bestehen, soweit die wissenschaftliche Leitung der Universität diese Institute für den gedachten Zweck für geeignet hält. 3.) Die Exekutive soll versuchen, so schnell als möglich und ohne Verzögerung das Forschungsinstitut für die hebr. Sprache zu errichten, für das Bedürfnis dringend gefühlt wird. 4) Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit, verschiedene wissenschaftliche Institute zu gründen, um die naturwissenschaftliche historische Erforschung des Landes und des Meeres Palästinas durchzuführen. Diese Institute sollen im übrigen außerhalb der Universität gegründet werden. Die Leiter der Universität, sowie die gegründeten Universitätsinstitute, sollen mit den oben genannten Instituten enge Beziehungen herstellen und bei ihrer Errichtung und späteren Entwicklung mithelfen. 5.) In allen Angelegenheiten, die mit der Universität verbunden sind, wird es die Pflicht der Exekutive sein, zuerst und hauptsächlich das hohe wissenschaftliche Niveau der errichteten Institute zu sichern, deren Innehaltung in keiner Weise aus Gründen der Sparsamkeit, oder zwecks beschleunigter Durchführung des oben erwähnten Programms, vernachläßigt werden soll.

Resolutionen über den Keren Hajessod (Aufbaufonds).

Die Konferenz beschliesst, in voller Würdigung der historischen Bedeutung des Augenblicks und in der Erkenntnis, dass die Energie des ganzen jüdischen Volkes für das gewaltige Werk des Aufbaues von Erez Israel vereinigt werden muss: 1.) Es wird ein Immigrations- und Kolonisationsfonds geschaffen, der den Namen „Keren Hajessod“ trägt. Der Fonds ist mit dem Charakter einer juristischen Person zu konstituieren. 2.) Die Konferenz stellt den für die Grundlage des Aufbaues der jüdischnationalen Heimstätte in Palästina erforderlichen Betrag auf 25 Millionen engl. Pfund fest, die innerhalb eines Jahres zu sichern sind. Sie wendet sich in einem feierlichen Aufruf an das ganze jüdische Volk, seine Pflichten zu erfüllen und mit einem ausserordentlichen Opfer an Vermögen und Einkommen die Aufbringung des Keren Hajessod durchzuführen. Als Vorbild wird die historische Nationalsteuer des „Maaser“ aufgestellt. 2.) Ueber jeden Beitrag zum Keren Hajessod wird ein Zertifikat ausgestellt. 4.) Aus den Eingängen des Keren Hajessod sollen mindestens 20 Prozent dem Jüdischen Nationalfonds zugeführt werden. 5.) Von den weiteren Eingängen des Keren Hajessod soll höchstens ein Drittel für laufende Ausgaben des Bildungswesens, der sozialen Fürsorge, der Immigrantenfürsorge und ähnlicher öffentlichen Zwecke des Aufbaues des jüdischen Heims in Palästina verbraucht werden, während mindestens zwei Drittel für dauernde nationale Anlagen und wirtschaftliche Betriebe zu verwenden sind. (Anmerkung. Von diesem Fonds werden keine Beträge für die Administrationskosten der Zion. Organisation verwendet. Von diesem Fonds soll keine Unterstützung oder Anleihe gegeben werden für private Unternehmungen, soweit nicht ein gemeinnütziges Interesse damit verbunden ist.) 6.) Jedes Jahr soll über die Ein- und Ausgaben des Fonds Rechenschaft abgelegt und öffentlich berichtet werden. 7.) Die Inhaber der Zertifikate sind an der Verwaltung des Fonds und an den Erträgnissen der aus dem Fonds geschaffenen wirtschaftlichen Betrieben zu beteiligen. Die Feststellung der geeigneten Form dieser Beteiligung wird der Exekutive überlassen, unter der Massgabe, dass die Verzinsung auf das produktiv investierte Kapital eine angemessene Höhe nicht überschreiten darf. Zur Durchführung der nationalen Aktion für den Keren Hajessod ist die opferwillige Mitarbeit aller jüdischen Volksteile notwendig. Die Zion. Konferenz erklärt daher die Aufbietung aller Mitglieder der Zion. Organisation für die Dauer eines Jahres für nötig und verpflichtet sie, sich der Exekutive zur Mitarbeit unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

Ein Telegramm Herbert Samuels anlässlich der zion. Jahreskonferenz.

Die zion. Organisation hat als Antwort auf die Begrüssung Samuels durch die Jahreskonferenz folgendes Telegramm erhalten: Im Bestreben, die mir übergebene historische Mission zu erfüllen, begreife ich sehr gut die jahrelangen jüdischen Hoffnungen, wie auch die Rechte der jetzigen Bevölkerung. Die Zukunft wird lehren, dass diese einander nicht widersprechen. Die jetzige Lage im Lande ist sehr zufriedenstellend. Zahlreiche wichtige Arbeiten werden unternommen.

Abreise Ussischkins nach Palästina.

Ussischkin hat Karlsbad noch vor Schluss der Welthilfskonferenz verlassen, um sich über Triest nach Palästina zu begeben.

Chronik.

Russland.

— Die in Wien anlässlich der poale-zionistischen Weltkonferenz eingetroffenen Delegierten aus Russland überbrachten authentische Nachrichten über die geradezu katastrophale Lage der dortigen Judenheit. Obwohl alle Delegierten der dritten Internationale angehören und zum grossen Teile auch Kommunisten sind und selbstverständlich das Bestreben zeigen, das bolschewistische Regime und die russischen Verhältnisse in möglichst rosigem Lichte zu schildern, lautet doch ihr Bericht über die spezielle Lage der russischen Juden übereinstimmend geradezu niederschmetternd. Das bolschewistische Regime habe zur vollständigen Proletarisierung der grossen jüd. Massen geführt. Die Juden auf dem Lande zu kolonisieren sei unmöglich, da die Regierung den Bauern gegenüber ziemlich machtlos ist und bei diesen auch grosser Antisemitismus herrsche, sodass für die eventuell in den Dörfern sich ansiedelnden Juden Lebensgefahr bestehe. Man versuchte für die Juden Fabriken zu schaffen und sie auch in der Schneiderei, für die die Juden grosse Fähigkeiten mitbringen, zu beschäftigen, jedoch könne dieses Experiment nicht im Grossen durchgeführt werden, da es an Rohstoffen fehle. Die Einführung der Zwangsarbeit für die Beschäftigungslosen habe es mit sich gebracht, dass 98 Prozent der Juden zu Zwangsarbeiten rekrutiert werden, und zwar, da sie meistens keine gelernten Arbeiter sind, zu den allerniedrigsten Arbeiten, wie Strassenreinigen, Ziegeltragen und dergl. Es drohe also die Gefahr, dass die Juden zum tiefststehenden Element der Bevölkerung degradiert werden. Die Bemühungen, die Juden in Russland selbst zu produktiven Beschäftigungen zuzuziehen, seien im besten Falle nur Palliative, während das russische Judenproblem nur durch Auswanderung und Kolonisierung in Palästina gelöst werden könne. Wenn die Judenfrage in Russland auch politisch gelöst sei, so sei die ökonomische Lage der Juden ganz trostlos, dem abzuhelfen nicht in der Macht der Sowjets liege, weshalb auch die dortigen Poale-Zionisten bei all ihrer Anhänglichkeit an des Sowjet-Regime für die schleunigste Durchführung einer, allerdings kommunistischen Kolonisation der russischen Juden in Palästina als einziges Hilfsmittel seien.

Polen.

— Nach Abreise des „Joint“ aus Warschau hat ein Zentralkomitee für Polen, bestehend aus Rundstein, Prilucki, Grodzienski, Dr. Klumel, Rabb. Kahane, Abg. Farbstein, Ing. Heller, Ing. Feigenbaum und T. Kirschbraun dessen Agenden übernommen. Das neue Komitee hat vom abziehenden „Joint“ eine notarielle Vollmacht zur Weiterführung seiner Tätigkeit in Polen erhalten.

— Für den 12. August hatte die Warschauer Evakuations-Kommission dem Direktor des Hajas, Masel, einen Extrazug für 1200 jüd. Emigranten nach Danzig zugesagt. Infolge des grossen Andranges wird noch eine besondere Auswahl unter den Emigranten getroffen und es kommen vor allem die heimlosen Emigranten aus den Grenzgebieten in Betracht.

— Der jüd. Reichstagsklub erhielt vom Kriegsministerium eine Verständigung, dass die Angelegenheit der Offiziere nichtpolnischer Nationalität, die bei ihrer Einberufung als einfache Soldaten eingereiht wurden (s. „J.P.Z.“ Nr. 103), im Sinne der vom jüd. Reichstagsklub dargelegten Wünsche günstig geregelt worden sei.

— Auf einer Sitzung der in Warschau gebildeten Gesellschaft zur Entwicklung der Seifen, Oel- und Glyzerin-Industrie in Palästina erstattete Juljan Mandelbaum, der Leiter der Chemie-Werke „Kantorja“ ein erschöpfendes Referat, worin er auf die glänzenden Aussichten dieses Industriezweiges in Palästina hinwies. Advokat Dr. Sables verwies in seinem Referate auf die Notwendigkeit, die entsprechenden Industrieen auf Grund von Anteilscheinen zu organisieren, was vielen Kaufleuten Gelegenheit bieten würde, ihr Kapital in palästinensischen Unternehmungen zu investieren. Ueber die technische Seite und die Art der Organisierung dieses Industriezweiges in Palästina sprach Ingenieur Mendrys.

— Der bekannte Schriftsteller David Frischmann hat am 7. August Warschau verlassen und sich nach Danzig begeben, von wo er in eine bisher noch nicht bestimmte Stadt Westeuropas zu übersiedeln gedenkt.

Siebenbürgen.

— Am 1. Juli eröffnete die Tarbuth-Abteilung des Siebenbürger jüd. Nationalverbandes in Klausenburg den ersten auf 3 Monate vorgesehenen hebräischen Lehrerkurs. Die Hörer, diplomierte und ihren Beruf ausübende jüd. Lehrer, 35 an der Zahl, sollen in dieser Zeit soweit ausgebildet werden, um in den Volksschulen hebräisch unterrichten zu können. Der von der Regierung bewilligte Kurs hat den Charakter einer öffentlich rechtlichen Anstalt. Die Lehrer, die am Schluss des Kurses ein Zeugnis erhalten wollen, müssen sich verpflichten, fortan sich dem hebräischen Unterrichte zu widmen.

Die jüd. nationalen Lehrer Siebenbürgens vereinigten sich in einem Lehrerverband, dessen Ziel darin besteht, die Hebraisierung mittels fachgemässer pädagogischer Arbeit zu unterstützen und die Lage der hebräischen Lehrer zu verbessern.

Ungarn.

— Der 5. September wurde als Trauergedenktag für die jüd. Märtyrer in Ungarn bestimmt. Das Rituale für den Trauergottesdienst entspricht dem in den Wormser, Nürnberger und Kölner Memorbüchern niedergelegten Vorschriften und Anforderungen.

— Der Minister des Innern, Göndös, veröffentlicht im „Szoszat“ einen Leitartikel, in welchem er in dezidierter Weise den Antrag des Abgeordneten Budajany (s. „J.P.Z.“ Nr. 105) auf Ausnahmsgesetzgebung gegen die Juden unterstützt. Der Minister stellt die Forderung auf, dass ein 5 prozentiger Numerus clausus gegen Juden in Schulen, Zeitungen und Banken eingeführt werde, und erklärt, dass eine derartige Bewegung in der ganzen Welt einsetzen müsse.

Tschecho-slovakischer Staat.

— F. Das Joint Distribution Committee hat in der Tschecho-Slovakei neue Filialen eröffnet. Das Komitee in Prag wurde reorganisiert, in Pressburg und Munkacz wurden Zweigstellen errichtet, welche ihre Hilfstätigkeit bereits begonnen haben. Am ärgsten ist die

Lage der Juden in Karpatho-Russland, wo ca. 80,000 Juden buchstäblich verhungern. Es ist nötig geworden, in jedes einzelne Dorf Lebensmittel, Kleider und Medikamente zu schicken. Die tschechischen Behörden haben ihr Entgegenkommen in jeder Hinsicht in Aussicht gestellt. Ausserdem ist ein Subkomitee in Kaschau errichtet worden, welches der Abteilung in Pressburg untersteht. Im Ganzen ist die Lage der 143,000 Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien günstig, weniger günstig in der Slovakei, wo hingegen die Situation der 80,000 Juden Karpatho-Russlands geradezu allarmierend ist.

— Zur Beratung und Unterstützung der vielen Flüchtlinge und Chaluzim wurden in folgenden Orten der Tschecho-Slovakei neue Palästinan-Aemter errichtet: Bardiov, Kaschau, Ungvar, Bratislava, Mähr-Ostrau, Brünn, Lundenburg, Friedeck-Mistek.

— Die für den 23. und 24. August einberufene Jahreskonferenz der Zionisten der Slovakei wurde infolge technischer Schwierigkeiten auf den 30. und 31. August verschoben.

Oesterreich.

Wien F. In letzter Zeit kommen, zum Teil infolge der Ereignisse im Osten, überaus zahlreiche nach Palästina reisende Auswanderer und Chaluzim hierher. Im Büro des zion. Palästinaamtes, herrscht ein wahrer Andrang und die Zahl der Parteien geht in die Hunderte. Viele von den Chaluzim befinden sich in schlechter materieller Lage und sind auf Unterstützung angewiesen, da sie bis zur Erledigung ihrer Passvisa und der übrigen Formalitäten oft längere Zeit in Wien verweilen müssen und ihre Barschaft gerade nur noch für die teuere Reise nach Palästina ausreicht. Im Schosse des Palästinaamtes hat sich daher ein Hilfskomitee konstituiert, welches sich der in Wien weilenden Chaluzim nach den verschiedensten Richtungen hin annimmt und Sammlungen für einen Chaluzim-Hilfsfonds eingeleitet hat. In einer freistehenden Kaserne ist eine Unterkunftsstätte geschaffen worden, die bisher allerdings nur den allerprimitivsten Anforderungen entspricht.

Die jüd. Nationalpartei hat beschlossen, sich wiederum an den am 17. Oktober stattfindenden Wahlen in die Nationalversammlung aktiv zu beteiligen und in allen in Betracht kommenden Wahlbezirken Wiens eigene Kanditaten aufzustellen.

Die Ausweisungspraktiken der Wiener Behörden gegen Ostjuden haben zu den verschiedensten Schikanierungen von erwerbenden Elementen geführt. Vor einiger Zeit hat die Behörde einige tausend Abschaffungsbefehle gegen solche Flüchtlinge erlassen, die zum grössten Teile in Ostgalizien beheimatet sind, wohin eine Rückkehr infolge der kriegerischen Wirren gänzlich ausgeschlossen erscheint. Die von der ungerechten Verfügung Betroffenen haben gleichzeitig die Verständigung erhalten, dass sie ihre Wohnungen sofort räumen müssen, widrigenfalls sie delogiert würden, ohne dass ein Rechtsmittel zulässig wäre. Abg. Stricker hat gegen diese Gesetzwidrigkeiten bei der Regierung Verwahrung eingelegt und vom Staatssekretär für Inneres die Zusicherung erhalten, dass eine sofortige Revision, des gegenüber den Flüchtlingen eingeschlagenen Verfahrens, erfolgen solle.

Deutschland.

Berlin 17. Aug. In Swinemünde kam es in der vergangenen Woche zu antisemitischen Kundgebungen, sodass viele jüd. Badegäste abreisten. Es ist dies nach Kranz somit das zweite Ostseebad, das die Juden zu verlassen gezwungen sind.

— Der „Israelit" veröffentlicht einen Aufruf zu Geldsammlungen für Organisationszwecke der Agudas Jisroel, da die Zentralleitung in Zürich an alle Länder den Ruf ergehen liess, zu ihren Teilen an der Aufbringung dieser Kosten mitzuwirken. Ob die Kenessio gedaulo zusammentreten könne, ob die in 30 Ländern verbreiteten Organe zum lebendigen Körper der Agudas Jisroel sich zusammenschliessen können, das hänge alles allein davon ab, ob die Organisationskosten zu erlangen sind. Es möge während der Opfertage der Agudas Jisroel im Monate Ellul mit Spenden nicht gekargt werden.

— Am 3. August ist in Breslau der bekannte Talmudist Albeck gestorben, der durch seine Arbeiten „Mischpachath Soferim" und die Edition des „Raban" und des „Sefer Haeschkol" bekannt ist.

Italien.

— Die italienische zionistische Föderation in Rom hat beschlossen, die für den 15. August anberaumte Konferenz der Zionisten Italiens auf Ende September oder Anfangs Oktober zu verschieben.

— Ass. Giov. Isr. Romana — Ass. Giovane Israele (Milano) — Circolo Israelitico Ferrarese — Circolo Israelitico di Cultura (Pisa) — Gruppo giovanile ebraico (Torino) haben bei einer Zusammenkunft ihrer Delegierten in Mailand am 25. und 26. Tammus beschlossen, eine jung-jüdische Föderation zu gründen, deren Zweck es ist, die Arbeiten der einzelnen Vereine zu koordinieren, überall Jugendgruppen, sofern solche noch nicht existieren, zu bilden und Kultur und Propagandaarbeit zu verfolgen. Sie ernannten ein Direktionskomitee, das bis zur Einberufung des Kongresses der jüd. Jugend Italiens für die Entwicklung der Föderation tätig sein soll.

Amerika.

— Vom 2. bis 4. August fand in Cleveland eine zahlreich beschickte Konferenz der hebräischen Lehrer Amerikas statt, die hauptsächlich die Hebung des intelektuellen und materiellen Status der Lehrer bezweckt. Eine Reihe wichtiger Resolutionen wurde gefasst. Die Föderation soll nur solche Lehrerorganisationen aufnehmen, die Unionen angehören, wobei das Prinzip der New-Yorker Lehrer-Union als bindend anerkannt wurde. Die Lehrer erklärten, dass man sie als Trade-Unionisten zu betrachten habe. Ein Minimum-Gehalt wurde bestimmt. Die Konferenz sprach sich auch zu Gunsten des Systems Ibrith beibrith aus. Ein Hilfsfonds für die jüd. Lehrer in den Kriegs- und Pogrom-Ländern soll geschaffen werden. Ein aus 7 Personen bestehendes Exekutiv-Komitee, das seinen Sitz in New-York haben soll, wurde gewählt und daneben auch ein grosses nationales Komitee bestimmt, in das jede Union ihren Vertreter entsenden soll.

— Die in Karlsbad tagende jüd. Welthilfskonferenz sandte an die Witwe des ermordeten Prof. Friedländer nach New-York folgendes Telegramm: „Die in Karlsbad versammelte Hilfskonferenz hat mit tiefster Erschütterung des tragischen Hinscheidens Ihres verdienten Gatten, des Prof. Israel Friedländer und seines Begleiters Dr. Cantor gedacht, deren Martyrium für ihre Brüder in der Geschichte der Hilfstätigkeit unvergesslich bleiben wird. Nehmen Sie die Versicherung unseres schmerzlichsten Beileids entgegen, des Beileids im Namen derer, denen Ihr Gatte in solch hingebungsvoller Weise sein Leben zum Opfer gebracht hat." Gez. Leon Motzkin, Prof. Simonsen und Morris Rottenberg.

— Am 17. und 18. Juli brachten vier Dampfer 4000 Emigranten nach New-York, unter denen 1500 Juden waren. Am 20. Juli trafen weitere 2 Dampfer mit ebenfalls zahlreichen jüd. Emigranten ein. Am 29. Juli sind mit der Nordam 1200 jüd. Emigranten eingetroffen.

Syrien.

— Der Jerusalemer Korrespondent der „Times" telegraphiert, dass Emir Feysul bevor er Akka ver-

lassen habe, um sich auf Einladung von Lloyd George nach England zu begeben, in der arabischen Zeitung „Napir" erklärt habe, dass die Gegnerschaft der arabischen Extremisten gegen die zionistische Politik Englands, verantwortlich sei für den Sturz seiner Regierung in Damaskus. Der Emir drückte die Hoffnung aus, dass die zion. Führer in London zu Gunsten der arabischen Unabhängigkeit intervenieren werden.

Palästina.

Beim Empfange einer Deputation der Jerusalemer Handelskammer am 26. Juli erklärte Herbert Samuel, dass binnen kurzem ein neues Gesetz über den Landerwerb herauskommen werde, was sicherlich viel zur Entwicklung des Handels beitragen wird. Die Bahn von Ludd nach Jaffa wird bald Wirklichkeit werden und in 2—3 Monaten wird eine breitspurige Eisenbahn direkt von Jaffa nach Jerusalem führen. Samuel fügte noch bei, dass man in Europa glaube, dass Jerusalem infolge der vielen Gemeinden eine Stätte des Zwistes sei. Aber die Handelskammer, in der alle Nationen und Parteien vertreten sind, beweise, dass friedliches Zusammenarbeiten leicht möglich ist. Er hoffe Europa in naher Zukunft den Beweis erbringen zu können, dass in Jerusalem Frieden und Einigkeit zwischen allen Religionen und Gemeinden herrsche.

— Am 29. und 30. Juli fand in Jerusalem die XII. Sitzung des Waad Hazmani statt, wobei ausser den Mitgliedern auch Jabotinsky und die Mitglieder des Waad Hazirim, Dr. Eder und Dr. Ruppin, anwesend waren. Dr. Thon berichtete über die verschiedenen Vorfälle seit der letzten Sitzung, die diverse beschlossene Schritte hinfällig gemacht haben. Der Waad Hapoel habe beschlossen, sich an den Oberkommissär betreffs Durchführung der Gleichberechtigung der hebräischen Sprache zu wenden und hat ein diesbezügl. Memorandum ausgearbeitet. Auf die Rundfrage wegen der Einberufung der Delegierten-Versammlung haben sich 135 Delegierte für die Beibehaltung des Waad Hazmani bis zum Zusammentritt der Delegierten-Versammlung ausgesprochen, während 65 dafür waren, dass ein Waad aus den Delegierten gewählt werde, der vorläufig die Geschäfte führen soll. Es wurde beschlossen, sich für die eheste Einberufung der Delegiertenversammlung u. zw. ungefähr für die Zeit der Feiertage einzusetzen. Jabotinsky referierte des längeren über die Legion. Die Debatten zogen sich auch über die zweite Sitzung hin und es wurden wichtige Beschlüsse über die Erhaltung und Entwicklung der Legion wie auch bezügl. der demobilisierten Legionäre gefasst. Zur Durchführung dieser Beschlüsse wurde ein besonderes Komitee gebildet.

— In Jerusalem fand die erste Sitzung der Handelskammer nach ihrer neuen Zusammensetzung statt, wobei mehrere Anfragen der Regierung zu beantworten waren. Die Handelskammer sprach sich gegen die Abhaltung besonderer Vieh-, Getreide- und Gemüsemärkte aus. Einstimmig nahm man den Regierungsvorschlag auf Einführung eines einheitlichen Mass- und Gewichts-Systems an, u. zw. des Dezimalsystems mit Kilo, Liter und Meter. Es wurde auch ein Ausweg gefunden zur Vermeidung der Doppel-Verzollung der Jerusalemer Waren sowohl in Jaffa als auch in Jerusalem.

— Nach einem Bericht des Zentral Waads des deutschen Hapoel Hazair, haben alle Einwanderer, die in der letzten Zeit mit Hilfe des Misrad Alijah Haroschi in Wien nach Palästina befördert wurden, Arbeit gefunden. Für die Zukunft lässt sich jetzt, bei aller Hoffnung den Einwanderern Arbeit verschaffen zu können, nicht voraussehen, welcher Art diese Arbeit sein wird, da bekanntlich nach Beendigung der Druschperiode regelmässig die Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben gezwungen sind, zu anderen Arbeiten überzugehen und zwar meistens zu öffentlichen oder Staatsarbeiten.

Die neuen Ingenieure haben noch keine Arbeit bekommen, da Arbeiten grösseren Umfanges in den letzten Monaten aufgehört haben, sodass sogar die wenigen früheren Bauleute eine Zeitlang arbeitslos waren.

Beim Ebnen der Dünen bei Tel Awiw, das vom Hapoel Hazair übernommen wurde, sind seit zwei Monaten 80 Arbeiter in Akkord-Arbeit, wobei zirka ein halbes ägyptischens Pfund täglich verdient wird, beschäftigt. Das Jaffaer Arbeitsamt des Hapoel Hazair bestrebt sich auch um die Entwicklung und Ausbreitung des jüd. Lastträgerwesens in Jaffa, wo es bisher nur zirka 10 jüd. Träger gegenüber 5—600 arabischen gibt.

— Laut „Doar Hajom" vom 4. Aug. hat Oberrabb. Kook vom Zentralbüro der Agudas Jisroel eine Einladung zur Teilnahme an der Beratung der Thora-Grössen, die im Monat Ellul in Wien stattfinden sollte — als Vorbereitung der demnächst einzuberufenden Kenessio gedaulo — erhalten. (Die Beratung wurde inzwischen um 8 Tage verschoben und nach Pressburg verlegt. „J.P.Z.") In einem Schreiben an die anderen Rabbiner Jerusalems ersucht die Aguda, Oberrabbiner Kook zu bewegen, die Reise zu unternehmen.

— Gelegentlich des Empfanges der Rabbiner Jerusalems, mit Chiefrabbi Kook an der Spitze, erklärte Herbert Samuel, sehr stolz auf die Tatsache zu sein, dass sein Bruder Stuart ein Führer der orthodoxen zion. Bewegung, des Misrachi, sei.

— Der Vorschlag der Jerusalemer B'ne-Brith-Loge, in der Nähe von Jerusalem eine Gartenstadt auf den Namen Z. Kraus, des Präsidenten des B'ne-Brith Weltbundes, anzulegen (s. „J.P.Z." Nr. 84), wurde von allen Logen akzeptiert. Diese Gartenstadt soll aus 200 Häusern auf je 50 Dunam Boden bestehen.

— Im „Doar Hajom" vom 2. Aug. unterbreitet Sch. Wilinitz Vorschläge zur Verbesserung der sanitären Verhältnisse, speziell in kleineren Ansiedelungen, in denen sich keine stabilen Aerzte befinden.

— Dr. Benjamini erlässt im „Kuntress" vom 28. Tammus einen Aufruf zur Gründung eines Lungensanatoriums in Jerusalem.

— Am 30. Juli traf der amerikanische Misrachi-Führer und Redakteur des New-Yorker „Tagblatt" Gedaljah Bublick, in Jerusalem ein; zugleich mit ihm kamen auch zwei andere amerikanische Journalisten, Zwi Ben-Schalom mit Frau und Margulies, von denen der erstere als Vertreter des „Tog" und „Hatoren" in Palästina zu verbleiben gedenkt. Bublick, der von den pal. Misrachisten sehr warm begrüsst wurde, dürfte sich in Palästina zirka 2 Monate aufhalten. Auch Dr. De Sola-Pool kehrte am 30. Juli von seiner Reise nach Amerika und zur zion. Jahreskonferenz nach Jerusalem zurück.

— Am 2. August ist Rabbiner Abramowitz aus St. Louis zu dauerndem Aufenthalte nach Jerusalem zurückgekehrt, das er vor ungefähr 13 Jahren verlassen hatte. Rabb. Abramowitz kommt aus London, wo er als Delegierter des amerikanischen Misrachi an der zion. Jahreskonferenz teilgenommen hat.

— Israel Kaplan, gewesener Leiter des Tarbuth in Minsk, ist zu ständigem Wohnsitz in Jerusalem eingetroffen.

Schweiz.

Der Bericht Rabb. Dr. Littmanns auf der Karlsbader Welthilfskonferenz.

In Fortsetzung der Referate über die Hilfstätigkeit in den einzelnen Ländern erstattete Rabb. Dr. Littmann den Bericht über die Schweiz. Er sprach in Vertretung des Schweiz. Isr. Gemeindebundes, der, in Würdigung der Bestrebungen der Welthilfskonferenz und in der Meinung, dass er verpflichtet ist, diese Bestrebungen zu unterstützen, beschlossen hat, 2 Vertreter nach Karlsbad zu senden,

u. zw. Dr. Littmann und Louis Wyler. Das Schweizer Hilfskomitee für notleidende jüd. Auslandkinder ist ebenfalls durch Dr. Littmann und durch Saly Harburger vertreten. Die Zahl der Juden in der Schweiz sei sehr gering und betrage höchstens 20,000. Man gehe nicht fehl, wenn man ein Drittel davon als Ostjuden bezeichnet, die vor dem Kriege und während der ersten Kriegsjahre eingewandert sind. Die jüd. Gemeinde Zürichs umfasst ein Drittel der gesammten jüd. Bevölkerung der Schweiz, wovon wieder gegen ein Drittel Ostjuden sind. Der Schweiz. Jsr. Gemeindebund in Basel ist die Zentrale der isr. Gemeindepflege, die für die Unterstützung der eingesessenen und eingewanderten jüd. Bevölkerung sorgt. Bei Ausbruch des Krieges wurden in den einzelnen grösseren Gemeinden besondere Fürsorgestellen zur Linderung der Kriegsnot errichtet, die im Laufe der 5 Jahre gegen 3 Millionen Fr. aufgebracht haben. Zu Beginn des Jahres 1919 wurde auf Anregung von Oberrabb. Dr. Chajes und Frau Anitta Müller das Hilfskomitee für notleidende isr. Auslandskinder gegründet, das anfangs nur für die Wiener Kinder bestimmt war. Im Laufe der Zeit wurden in der Schweiz durch diese Zentrale 2000 jüd. Kinder, teils in Familien, teils in Heimen für die Zeit von 6—8 Wochen untergebracht. Gegenwärtig sei eine gewisse Ermüdung eingetreten, aber nicht nur bei Juden, sondern auch in der gesammten schweizer. Fürsorgetätigkeit. Von den 2000 Kindern waren die meisten Wienerkinder, ca. 200 aus Deutschland und einige aus Ungarn. Gegenwärtig hat das Komitee vom amerikanisch-jüd. Joint-Distribution-Committee Fr. 60,000 bekommen, mit der Bedingung, jüd. Kinder aus Deutschland aufzunehmen. Man sei ferner im Begriffe, 25 tuberkulose Kinder in Davos unterzubringen. Als einziges Werk des Krieges, das diesen überdauern wird, sei die jüd. Lungenheilanstalt in Davos, die „Etania" zu nennen. Falls man im Verlaufe der Beratungen dazu gelangen sollte, Lungenkranke in der Schweiz unterbringen zu wollen, so möge man die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die „Etania" erweitert werden könne, allerdings nicht auf Kosten der jüd. Bevölkerung in der Schweiz, die für diesen Zweck bereits viel aufgebracht hat. Was die Kinderfürsorge anbelangt, so sei in letzter Zeit in der Schweiz überhaupt, wie auch unter den Juden im speziellen, immer wieder die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt einen Zweck hat, Kinder für ein paar Wochen aufzunehmen und sie die Annehmlichkeiten des Lebens kennen lernen zu lassen? Wenn die Kinder dann zurückkehren, fühlen sie das Elend um so mehr. Ob es nicht besser sei, Geld oder Lebensmittel zu schicken, um die Familien zu Hause zu unterstützen? Bis jetzt habe er derartige Stimmen unterdrückt, aber sie werden immer lauter und lauter. Für den Fall, dass bei der Emigration die Schweiz als Durchgangsland etwa in Betracht käme, teile er mit, dass bereits seit einiger Zeit ein Emigrationsamt des Schweiz. Jsr. Gemeindebundes bestehe, dass bereits eine Anzahl von Emigranten, grösstenteils aus Polen, nach London, Paris und Amerika befördert hat. Es bestehe jedoch ein grosses Durcheinander und die Zeit, wann Durchwanderer passieren, sei rechtzeitig selten bekannt. Es wird Sache der zu schaffenden Organisation sein, mit diesem Büro in Verbindung zu treten. Auch auf die Lage der jüd. Studenten aus dem Osten möchte er die Aufmerksamkeit lenken. Es handle sich um ungefähr 100 Studierende, die bereits vor dem Kriege nach der Schweiz gekommen sind, u. zw. grösstenteils aus Russland. Diese Studenten sind jetzt von ihrer Heimat abgeschnitten, können keine Geldmittel von zu Hause erhalten und es müssen Mittel für sie aufgebracht werden. Alle Anfragen für den Schweiz. Isr. Gemeindebund sind an Dreyfus-Brodsky, Basel, für die Zentralstelle der isr. Armenpflege an Viktor Wyler, Basel, betreffs der Emigranten an Viktor Wyler und betreffs der Studenten an Dr. H. Guggenheim, Zürich, zu richten. Rabb. Dr. Littmann schloss seinen Bericht mit der Versicherung, dass die schweizer. Juden nach wie vor ihrer geringen Anzahl und ihren bescheidenen Kräften gemäss mitarbeiten werden.

Luzern, 20. Aug. Die schweiz. deutsche Hilfskommission hat heute durch ihren ersten Sekretär, Dr. Fritz Schwyzer-Kastanienbaum, Bern, dem isr. Hilfsfonds in der Schweiz, Sitz in Luzern, weitere 40,000 Fr. für das Ferienheim zur Verfügung gestellt.

Presse- und Verlagsnotizen.

Die erste Nummer der „Harefooah", einer medizinischen Vierteljahrs-Zeitschrift, die von der jüd. medizinischen Vereinigung Palästinas herausgegeben wird, ist erschienen. Sie ist dem Gedenken der gefallenen Kollegen gewidmet, die ihr Leben dem Boden des Heiligen Landes geopfert haben.

Das bei der „J. P. Z." eingetroffene 10. Heft des „Miklat" enthält u. a. Beiträge von Ben Zion, Dr. Turow, Kopliwitz, Kimchi, Frischmann, Sch. Ginzburg, Ben Gorion, Bar Tobiah, Fichmann, Rawidowitz.

Heft 9 des II. Bandes „Maabaroth" enthält Beiträge von H. D. Gordon, Schneiur, Debora Baron, Barasch, Martin Buber, Hugo Bergmann, Jakob Fichmann, M. Glicksohn und Thomas Mann.

— Der Jude, Heft 3 ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Arnold Zweig, Der heutige deutsche Zionismus; Paul Amann, „Assimilation" in Frankreich; Samuel Rappaport, Aus dem religiösen Leben der Ostjuden (Krankenfürsorge); Martin Buber, Zwei Wundergeschichten; Jakob Rabinowitz, Von westjüdischen Schriftstellern; Helene Hanna Cohn, Artur Ruppin; Umschau: Dr. Nathan ben Nathan, Kolonisation; Markus Reiner, Sozialismus; Berichte vom jüd. Leben; Hans Kohn, Die Juden in Sibirien.

— Die bei uns eingelaufenen Kataloge des Jüd. Verlages Berlin und des Löwitverlages Wien-Berlin-Leipzig geben ein eindruckvolles Bild der in den letzten Jahren erschienenen jüd. Werke in deutscher Sprache, wobei noch zu bemerken ist, dass der Jüd. Verlag in letzter Zeit auch mit der Herausgabe von hebräischen Werken begonnen hat.

Empfehlenswerte Firmen in Luzern



Spendet zu Gunsten des isr. Hilfsfonds in der Schweiz
Donnez en faveur de l'Oeuvre de Bienfaisance juive en Suisse
Postcheck-Konto VII 915, Luzern

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich